

riken produziert wird, in denen die Hälfte der Arbeitsrechte nicht eingehalten wird. Fabrikarbeiterinnen leiden unter den kurzen Lieferzeiten, kurzfristigen Designänderungen und dem ständigen Preiswettbewerb. Ein Gesetz zur unternehmerischen Sorgfaltspflicht ist nötig, um Anreize für Investitionen in Arbeitsstandards zu schaffen. Das heutige System muss grundlegend verändert werden – durch die internationale Zusammenarbeit, Modemarken und vor allem die nationalen Regierungen.

Wenn wir selbst nicht unter unmenschlichen Bedingungen in einer Fabrik arbeiten wollen, dürfen wir auch nicht zulassen, dass andere unter diesen Umständen arbeiten. In meinem Kolleg-Jahr habe ich viele inspirierende, mutige Menschen erlebt, die sich seit Jahrzehnten für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen – und es werden immer mehr. ••

Andrea Schill beschäftigte sich in Yangon, Phnom Penh und Paris mit Ansätzen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Textil- und Bekleidungssektor.

Verschleppt, versteckt, verkauft

Der illegale Handel mit Kulturgütern blüht auch jenseits von Krisen und Konflikten. Die Eindämmung ist juristisch kompliziert, aber dringend notwendig – sonst geht unser kulturelles Erbe verloren.

Von Paul Fabel

Die Zerstörung des Weltkulturerbes und der illegale Handel mit Kulturgütern gehen Hand in Hand: Durch die Demolierung werden Büsten abgeschlagen, Mosaik gewaltsam herausgebrochen, Schreine oder Altäre entwendet. Es werden Gräber geplündert oder heilige Stätten durch die Entnahme bedeutsamer Insignien entweiht. Böswillige Zerstörung führt dazu, dass integrale Bestandteile von Kulturerbestätten entwendet und dann illegal in Umlauf gebracht werden.

Einige Beispiele sind uns noch im Gedächtnis: die Sprengung des Bal-Tempels in Palmyra durch den sogenannten „Islamischen Staat“ in Syrien sowie der Mausoleen in Timbuktu durch „Ansar Dine“ in Mali. Die Zerstörung dort scheint vorerst gestoppt – aber dadurch sinkt auch die mediale Aufmerksamkeit für das Thema,

der Schutz des Weltkulturerbes verliert an Beachtung.

Es wäre allerdings falsch anzunehmen, dass Antiquitäten und andere Kulturgüter nicht mehr gehandelt werden, nur weil die Zerstörung im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten zurückgegangen ist. Denn: Solange die Nachfrage anhält, werden Kulturgüter geschmuggelt und außer Landes gebracht – und zwar überall dort, wo schwache staatliche Strukturen einen umfassenden Schutz kultureller Stätten nicht garantieren können. Die gestohlenen Kulturgüter werden in geheimen Lagern untergebracht, um sie nach einigen Jahren oder Jahrzehnten gewinnbringend auf dem Schwarzmarkt zu verkaufen. Das ist ein lukratives Geschäft, denn Kriminelle können sich der anhaltenden Nachfrage sicher sein. Hinzu kommen kleine Objekte

Organisierte Kriminalität weiß genau, wie lange und wo welche Objekte geparkt werden müssen

wie römische Münzen oder Waffenteile, die mithilfe von Metalldetektoren aufgespürt werden. Der massenhafte Verkauf über Onlineplattformen und soziale Medien ist möglich, weil die Objekte leicht zu verschicken sind und dem Zoll kaum auffallen. Es kommt ebenfalls vor, dass große Objekte in Einzelteile zerlegt, separat verschickt und später wieder zusammengesetzt werden.

All das ist leider gängige Praxis. Organisierte Kriminalität nutzt etablierte Transportrouten und Netzwerke, kennt juristische Schlupflöcher und weiß genau, wie lange welche Objekte wo „geparkt“ werden müssen, bevor sie eingeführt werden. Dieses Vorgehen ist nichts anderes als das Reinwaschen kultureller Güter – vergleichbar mit dem Prinzip der Geldwäsche. Und in bestimmten Fällen trägt dieser Handel sogar zur Finanzierung von Terrorismus bei.

Das juristische Regime ist kompliziert

Wie können wir gegen dieses Problem vorgehen? Zur Bekämpfung bedarf es eines internationalen Rechtsregimes, das effektiv und zugleich verständlich ist. Weiter brauchen wir gute Ausbildung und enge Kooperation zwischen Rechtsdurchsetzungs- und Strafverfolgungsbehörden. Und schließlich sind Anreizstrukturen notwendig, um Angebot und Nachfrage wirksam zu senken.

Das juristische Regime zum Schutz vor unrechtmäßigem Handel mit Kulturgütern ist kompliziert; es basiert auf sich teils erheblich voneinander unterscheidenden

Definitionen sowie Alters- und Wertgrenzen für Kulturgüter. Weltweit verschiedene Rechtssysteme erschweren die Arbeit. Regierungen von Ländern, die als „Marktstaaten“ gelten, also attraktiver Marktplatz für solche Objekte sind, müssen ihr Engagement verstärken, und die EU könnte hier harmonisierend wirken und Unterschiede in der Rechtsordnung ihrer Mitgliedstaaten reduzieren. Aber leider wird dieses Potenzial nicht so effizient genutzt, wie man es erwarten könnte, da sich die EU in ihren Verordnungen nicht strikt an völkerrechtlichen Standards und allgemeingültigen Definitionen orientiert.

Das führt zu Unmut – nicht nur bei Juristinnen und Juristen, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen, sondern vor allem bei Zoll- und Polizeibeamtinnen und -beamten, die die rechtlichen Vorgaben täglich und unter Zeitdruck umsetzen müssen. Umfangreiche juristische und technische Schulungen bieten Organisationen wie die UNESCO, UNIDROIT, INTERPOL und die Weltzollorganisation an. Deren Seminare sind auf die juristischen Bestimmungen und Kapazitäten eines jeden Staates ausgerichtet. Aber leider erreichen sie nur eine geringe Anzahl von Menschen, denn jede dieser Organisationen hat nur ein oder zwei Beschäftigte, die Workshops durchführen. Diese Weiterbildungen sind im Vergleich zum Volumen an illegal gehandelten Objekten also nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Hier braucht es mehr Geld für Lehrgänge, Trainerinnen und Trainer und insgesamt mehr Zeit.

Immerhin: Auf operationaler Ebene funktioniert die Zusammenarbeit bereits gut. In der EU führen die genannten Organisationen konzertierte Operationen in mehreren Ländern durch: Binnen weniger Tage gab es dadurch stets zahlreiche Beschlagnahmungen und in der Folge eine Vielzahl internationaler polizeilicher

Untersuchungen. Über die Jahre haben sich diese Operationen gut eingespielt. Bisher wurde jedoch hauptsächlich der illegale Handel innerhalb der EU und nicht in die EU untersucht. Andere Institutionen wie Frontex könnten einbezogen werden – im Rahmen der EU-weiten Operationen oder durch Schulung des eigenen Personals. Denn jedes weitere Engagement würde helfen.

Die Bevölkerung einbeziehen

Unabhängig von der Bekämpfung der Handelsrouten ist es langfristig am sinnvollsten, auf ganzheitliche Bildungs- und Aufklärungsinitiativen zu setzen. In den Herkunftsstaaten müssen Maßnahmen ergriffen werden, die es den Menschen ermöglichen, ihre Kulturgüter zu schützen. Die NGO Heritage Watch geht in Kambodscha mit gutem Beispiel voran: Einheimische Archäologinnen und Archäologen besuchen Grund- und weiterführende Schulen und bringen jungen Menschen ihr gemeinsames kulturelles Erbe näher. Dass sich promovierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in ihrem eigenen Land an solchen Bildungsmaßnahmen beteiligen, hilft ungemein, um historische, archäologische und fachliche Expertise in ein nachhaltiges Entwicklungskonzept einfließen zu lassen.

Für den Erfolg der Arbeit von Heritage Watch ist die Einbeziehung der Bevölkerung wichtig. Die in unmittelbarer Umgebung eines Tempels oder archäologischer Ausgrabungsstätten lebenden Menschen

lernen, Tourismus nachhaltig zu nutzen und damit einen neuen Wirtschaftszweig aufzubauen. Früher wurde oft aus blanker Not heraus geplündert, weil schnelles Geld das Überleben sicherte. Heute ist es für die Teilnehmenden der Workshops dagegen wirtschaftlich lukrativer, die Stätten zu schützen und zu pflegen, als Objekte davon zu entwenden und illegal zu verkaufen. So trägt Heritage Watch auch zum Schutz der kulturellen Identität bei, indem die NGO den Wert der gemeinsamen Geschichte hervorhebt. Sich auf die eigenen Wurzeln zu besinnen und das kulturelle Vermächtnis vergangener Generationen zu schützen, stärkt den sozialen Zusammenhalt über Generationen hinweg.

Aber auch bei uns, in den „Marktstaaten“, muss ein Sinneswandel stattfinden: Wer illegal mit Kulturgütern handelt, ist sich des Rechtsbruchs bewusst und muss bestraft werden.

Darüber hinaus sollte klar sein: Es darf nichts gekauft werden, von dem nicht hundertprozentig sicher ist, woher es kommt und unter welchen Bedingungen es importiert wurde. Die Herkunft eines jeden Kulturguts muss geklärt sein. Hier gibt es noch viel Nachholbedarf. Wir alle müssen vorsichtiger sein, wenn wir im Antiquitätengeschäft um die Ecke einkaufen oder beim Flohmarktbesuch im Urlaub nach Souvenirs suchen. Es ist nicht schick, sich teuer gekaufte Gegenstände mit dubioser Herkunft ins Haus zu stellen. Ebenso sollten wir in Schulen frühzeitig ein Bewusstsein für den Schutz von Kulturgütern schaffen – für die eigenen und die anderer. Das wird viel Geld und Weiterbildung kosten. Aber der Schutz unserer kulturellen Identität und unsere globale Verantwortung sollten uns diese Anstrengungen wert sein. • •

Paul Fabel arbeitete während seines Kolleg-Jahres in Rom, Siem Reap, Warschau und Paris zu Möglichkeiten, den illegalen Handel mit Kulturgütern zu unterbinden.

*Sinkt erst die Nachfrage,
gehen auch die Zerstörung
und der Handel von Kultur-
gütern zurück*